Steuern

CDU-Politiker gegen Abbau

Vor dem CDU-Parteitag verabschiedet sich die Parteiführung von dem Ziel, die Steuerzahler noch in dieser Legislaturperiode zu entlasten. „Wir sollten bei der kalten Progression keinen Beschluss fassen, der noch in dieser Legislaturperiode finanzwirksam wird. Dafür sehe ich derzeit keinen Spielraum“, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, einer der Stellvertreter von Kanzlerin Angela Merkel an der Parteispitze. „Jeder, der das fordert, soll mir zunächst sagen: Wer soll das bezahlen?“ Ähnlich äußerte sich der Regierungschef von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff. „Die Beseitigung der kalten Progression wäre wünschenswert, doch derzeit haben wir den finanziellen Spielraum dafür nicht.“ Auch Parteichefin Merkel hält die Frage angesichts der geringen Inflation derzeit eher für ein Symbolthema. Der CDU-Arbeitnehmerflügel sowie die Mittelstandsvereinigung MIT bestehen auf einen Beschluss, der ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression verspricht, das noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten soll. Die CDU-Spitze dagegen will beim Parteitag, der kommenden Montag in Köln beginnt, andere wirtschaftspolitische Themen in den Mittelpunkt stellen, zum Beispiel das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. „Das Freihandelsabkommen muss neben der Nato die zweite Säule der transatlantischen Partnerschaft werden und zügig und zielorientiert weiter verhandelt werden“, heißt es im Entwurf zum wirtschaftspolitischen Leitantrag. Zudem stellt die Partei „kostenloses WLAN in allen öffentlichen Gebäuden, in der Bahn und auf Flughäfen“ in Aussicht. mp



Bouffier

Soziales

Regierungsbeirat rügt Rentenpaket

Der Sozialbeirat der Bundesregierung hat dem Rentenpaket der Großen Koalition ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. In seinem Gutachten für das Jahr 2014 fordert das Gremium eine „Nachbesserung der Finanzierungsregelungen“ bei der Mütterrente. Die Rentenerhöhungen für Seniorinnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werden derzeit aus Beitragsmitteln bezahlt. „Systematisch korrekt“ sei es aber, diese Anerkennung der Kindererziehungszeiten aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, heißt es in dem Papier. „Ausdrücklich“ weisen die Experten darauf hin, dass die Kosten der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente mit 63 andere Reformen erschwerten. Angesichts des demografischen Wandels raten sie dazu, flexible Übergänge in den Ruhestand zu schaffen. Sinnvoll sei eine Neuregelung der Hinzuverdienstgrenzen für Vorruheständler. Die Bundestagsfraktionen von Union und SPD diskutieren in einer Arbeitsgruppe derzeit über ähnliche Pläne. Ursprünglich wollten sie noch im Dezember einen Abschlussbericht vorlegen. Nun haben sie den Termin aber auf Mitte Januar verschoben. cos



Flugabwehrsystem „Asrad“

Rheinmetall

Vorladung in Griechenland

Der Rüstungskonzern Rheinmetall bekommt zunehmend Ärger mit der Justiz. Geht es nach dem Willen griechischer Ermittler, sollen sich demnächst 13 frühere und jetzige Manager vor einem Athener Gericht verantworten. Sie werden seit Kurzem offiziell als Beschuldigte geführt. In der vergangenen Woche gingen die ersten Vorladungen zu Vernehmungen in Griechenland raus. Seit Ende 2013 laufen die Ermittlungen wegen Bestechung von Amtsträgern bei Rüstungsaufträgen des Düsseldorfer Konzerns. Der Vorwurf: Ein früherer Repräsentant soll Provisionen von Rheinmetall verwendet haben, um Beamte und Militärs zu schmieren. Unter anderem geht es dabei um das Flugabwehrsystem „Asrad“ sowie den Kauf und die Modernisierung von U-Booten. Auch die Staatsanwaltschaft Bremen ermittelt in diesen Fällen – und arbeitet sich in das Top-Management vor. Unter dem guten Dutzend Beschuldigter ist der langjährige Generalbevollmächtigte, Chief Compliance Officer und Chefjurist der Firma. Also der Mann, der Korruption im Haus bekämpfen sollte. Der 62-Jährige, der auf eine SPIEGEL-Anfrage nicht reagierte, schied Ende Juni bei Rheinmetall aus. Der Konzern hat illegale Zahlungen stets bestritten. Mitarbeiter seien „strengen Compliance-Richtlinien verpflichtet“. js

Siemens

Ex-IG-Metall-Chef plant den Abgang

Beim Münchner Siemens-Konzern steht Anfang nächsten Jahres eine Zäsur an. Nach der Hauptversammlung am 27. Januar will sich der ehemalige IG-Metall-Chef Berthold Huber, 64, aus dem Aufsichtsrat zurückziehen. Der gebürtige Schwabe war Mitte 2004 in das Kontrollgremium eingerückt, seit 2009 fungiert er dort als stellvertretender Vorsitzender. Das frei werdende Mandat soll der Siemens-Unternehmensbeauftragte der IG Metall, Reinhard Hahn, 58, übernehmen. Wer Huber als Vize-Chefkontrolleur nachfolgt, war Ende vergangener Woche noch offen. Bei Siemens wird das wichtige Amt traditionell vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden übernommen, eine Ausnahme wurde nur für den damaligen IG-Metall-Chef gemacht. Daher ist es gut möglich, dass demnächst Birgit Steinborn, 54, als oberste Betriebsratschefin die Aufgabe übernimmt. Sie wäre die erste Frau in dieser Funktion bei Siemens. Huber sitzt derzeit auch noch in den Kontrollgremien von VW, Audi und der Porsche Automobil-Holding. Nach Aussagen einer IG-Metall-Sprecherin will er diese Mandate vorerst behalten. did



Huber

FOTOS: RHEINMETALL / DDP IMAGES / DAPD (O.R.); STEFAN BONESS / VISUM (U.R.); CHRISTIAN THIEL (U.L.)